

## **Informationen zu gesetzlichen Schadensersatzansprüchen, wenn der Täter bekannt ist**

In der Bundesrepublik Deutschland ist es Aufgabe des Staates, die in Deutschland lebenden Menschen vor Verbrechen und anderen kriminellen Handlungen zu schützen. Wenn dieser Schutz versagt und das unschuldige Opfer einer Gewalttat gesundheitliche Beeinträchtigungen und finanzielle Nachteile erleidet, können Betroffene gesetzliche Schadensersatzansprüche gegen den Täter geltend machen.

Weil der Täter aber oft kein Geld hat oder nicht zahlen will, hilft der Staat mit Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). Wenn Sie einen Antrag nach dem OEG stellen, geht Ihr gesetzlicher Schadensersatzanspruch aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigungen auf den Staat über.

Für die Durchsetzung des Anspruchs ist die Bezirksregierung Münster zuständig.

**Kontaktadresse:** Bezirksregierung Münster  
– Dezernat 27 –  
Albrecht-Thaer-Str. 9  
48147 Münster  
Tel. 0251 / 411 - 0  
Fax: 0251- 411 3687  
E-Mail: dez27@brms.nrw.de

### **Was müssen Sie beachten?**

Sie dürfen mit dem Täter über Ihre eventuellen Schadensersatzansprüche keinen Vergleich abschließen oder Zahlungen von ihm annehmen.

Wenn Sie dies dennoch tun, müssen Sie die Zahlungen an die Bezirksregierung Münster weiterleiten.

Ihr Schmerzensgeldanspruch ist von dieser Regelung nicht betroffen, da ein Schmerzensgeld im Rahmen des OEG nicht geleistet wird. Schmerzensgeld dürfen Sie weiterhin vom Täter verlangen und gegebenenfalls auch gerichtlich durchsetzen.

### **§ 5 Opferentschädigungsgesetz (OEG)**

Ist ein Land Kostenträger (§ 4), so gilt § 81a des Bundesversorgungsgesetzes mit der Maßgabe, dass der gegen Dritte bestehende gesetzliche Schadensersatzanspruch auf das zur Gewährung der Leistungen nach diesem Gesetz verpflichtete Land übergeht.

### **§ 81a Bundesversorgungsgesetz (BVG)**

(1) Soweit den Versorgungsberechtigten ein gesetzlicher Anspruch auf Ersatz des ihnen durch die Schädigung verursachten Schadens gegen Dritte zusteht, geht dieser Anspruch im Umfang der durch dieses Gesetz begründeten Pflicht zur Erbringung von Leistungen auf den Bund über. Das gilt nicht bei Ansprüchen, die aus Schwangerschaft und Niederkunft erwachsen sind. Der Übergang des Anspruchs kann nicht zum Nachteil des Berechtigten geltend gemacht werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, soweit es sich um Ansprüche nach diesem Gesetz handelt, die nicht auf einer Schädigung beruhen.

(3) Die Krankenkasse teilt der Verwaltungsbehörde Tatsachen mit, aus denen zu entnehmen ist, daß ein Dritter den Schaden verursacht hat. Auf Anfrage macht sie der Verwaltungsbehörde Angaben darüber, in welcher Höhe sie Heil- oder Krankenbehandlung erbracht hat; dies gilt nicht für nichtstationäre ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln.

(4) § 116 Abs. 8 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend.